

BSPV

Jahresbericht 2002

Im Zeichen des Widerstandes

Zwei Abkürzungen haben das Verbandsjahr 2002 geprägt: SAR und VETO. Zwei Abkürzungen, die zwar in direktem Zusammenhang stehen, die aber vor allem Ausdruck eines tiefen Grabens zwischen der politischen Mehrheit im Kanton und dem Personal sind.

«Sollten die Gegner des Service public mit der Motorsäge zum personalpolitischen Kahlschlag ansetzen, wird der BSPV entschiedenen Widerstand leisten», schrieben wir an dieser Stelle vor einem Jahr.

Von allem Anfang an übernahm denn auch der BSPV in der Widerstandsbewegung eine

führende Rolle. Das vom Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) und von der Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände (VBA) getragene VETO-Komitee stand unter der Leitung unseres Verbandssekretärs Roland Seiler, und das BSPV-Sekretariat bildete während Wochen bei den Vorbereitungsarbeiten eine Art «organisatorische Drehscheibe».

Geschäftsleitung und Sekretariat hatten zwar einen erheblichen Mehraufwand zu leisten, konnten sich dabei aber auf eine breite und solidarische Basis abstützen. Der Zentralvorstand bewilligte die erforderlichen Kredite aus dem Aktionsfonds oppositionslos, und mehrere Untergruppen sowie zahlreiche Mitglieder halfen mit teilweise beachtlichen Spenden, die Verbandskasse zu schonen.

Den definitiven Beweis für die geschlossene Widerstandsfrente erbrachten die Verbandsmitglieder jedoch mit dem überwältigenden Aufmarsch an der VETO-Kundgebung vom 1. November.

Die Öffentlichkeit zeigte sich denn auch vom fast nicht enden wollenden Umzug und vom prallvollen Bundesplatz beeindruckt. Medien und Bevölkerung nahmen zur Kenntnis, dass 20 000 Angestellte an diesem Freitagnachmittag der Arbeit ferngeblieben waren, um auf friedliche Art ihr Veto gegen die Demontage des Service public, gegen einseitige Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals und gegen eine kurzsichtige, konjunkturpolitisch verfehlte Lohnpolitik einzulegen.

Trotzdem liess sich die Mehrheit des Grossen Rates vorläufig nicht von ihrem verantwortungslosen Sparkurs abbringen. In der zähflüssigen Monsterdebatte in der November-Session wurden am so genannten SAR-Bericht nur geringfügige Abstriche vorgenommen. Insbesondere hielt die Grossratsmehrheit am personalfeindlichen Kurs fest, welcher sich bereits bei der Behandlung des Personalgesetzes Anfang Jahr abgezeichnet hatte.

Der BSPV lässt sich aber nicht entmutigen und kämpft weiterhin gegen die Sparwut, für sichere Arbeitsplätze sowie für zeitgemässe Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Mit dem Ziel, beim geplanten Stellenabbau Härtefälle zu vermeiden, fordert der BSPV einen zweckmässig ausgestalteten Sozialplan.

Die Geschäftsleitung

Inhalt/Sommaire

Gegen den Abbau:	
VETO als Antwort auf SAR(G)	6
Standespolitik:	
Ein verlorenes Jahr	6
Personalgesetz:	
PELAG: Ein Scherbenhaufen	7
Personalumfrage:	
Ergebnisse kaum mehr aktuell	9
Grosser Rat:	
Der BSPV betreibt Lobbying	9
Bernische Pensionskasse:	
Ein unbefriedigendes Jahr	10
Dienstleistungen:	
Ein vielfältiges Angebot	11
Verbandsgeschehen:	
Ein intensives Jahr	13
Mitgliederstatistik 2002	14
Totentafel	14
Jahresrechnung 2002	15



Rapport annuel 2002

Une fois de plus, le rapport annuel du Comité directeur est publié en langue allemande dans notre journal «diagonal».

Les membres de langue française recevront la version française par courrier séparé.



Gegen den Abbau

VETO als Antwort auf SAR(G)

Das vom Regierungsrat als «SAR-Bericht» bezeichnete 9. Sparpaket bildet in der nunmehr zehnjährigen «Spar-Tragödie» des Kantons Bern den vorläufigen unrühmlichen Höhepunkt, weil die geplanten Massnahmen massiver und einschneidender sind als bisher. Entsprechend laut und deutlich fielen denn auch Kritik, Opposition und Widerstand aus.

Angefangen hatte der neunte Akt dieser Tragödie mit der im November 2001 vom Grossen Rat gegen den Willen des Regierungsrates mit knappem Mehr überwiesenen Schuldenabbau-Motion der Finanzkommission (FIKO), mit der die Regierung gezwungen wurde, ein rigoroses Sparprogramm auszuarbeiten.

Strategische Aufgabenüberprüfung

In der Folge lancierte der Regierungsrat die so genannte «Strategische Aufgabenüberprüfung des Regierungsrates (SAR)». Mit einer Aufgaben-Verzichtsplanung sollte der Finanzhaushalt merklich entlastet und der Schuldenberg abgetragen werden. Unterstützt vom wahrscheinlich nicht billigen Mo-

derator Peter Arbenz begab sich die Regierung in zahlreichen Klausur-Sitzungen auf die Suche nach neuen Abbau-Möglichkeiten.

Bei der mit Spannung erwarteten Präsentation des SAR-Berichtes musste die Regierung eingestehen, dass die aufwändige Suche nicht zum Ziel geführt hatte und nur rund ein Drittel der Sparvorgaben mittels Aufgabenabbau zu erreichen sein würde.

Offensichtlich hatte sich gezeigt, dass die meisten vom Kanton wahrgenommenen Aufgaben von der Eidgenossenschaft vorgeschrieben, in der Kantonsverfassung festgelegt oder aus andern Gründen unverzichtbar sind.

Auf dem Buckel des Personals

Fatalerweise konnte sich der Regierungsrat jedoch nicht dazu durchringen, die Vorgaben der unseligen Schuldenabbau-Motion als unerfüllbar zu bezeichnen. Statt dessen entschloss sich die Regierung – entgegen früher abgegebener Zusicherungen – zu linearen Lohnmassnahmen, welche als «unechte SAR-Massnahmen» in den SAR-Bericht aufgenommen wurden.

Damit musste das Personal verärgert zur

Kenntnis nehmen, dass der Löwenanteil der geplanten Sparmassnahmen erneut auf dem Buckel des Personals erfolgen sollte, obwohl dies angesichts der kritischen Konjunkturphase von Wirtschaftsfachleuten als kurzfristig und unverantwortlich bezeichnet wurde, weil dadurch die Konsumausgaben gebremst und Arbeitsplätze vernichtet würden.

Personal antwortet mit VETO

Diesen personalfeindlichen Akt konnte das Personal nicht unwidersprochen akzeptieren. Mit einer breit abgestützten Widerstandsbewegung erfolgte eine deutliche Antwort. Am Freitag, 1. November 2002, legten 20 000 Personen auf dem Bundesplatz in Bern ihr VETO gegen die einseitige Sparpolitik ein.

Die Mehrheit des Grossen Rates zeigte sich von dieser machtvollen Kundgebung unbeeindruckt und hielt vorläufig demonstrativ am rigiden Sparkurs fest.

Die Personalverbände werden sich deshalb darüber Gedanken machen müssen, mit welchen Mitteln der Widerstand nicht nur aufrechterhalten, sondern verstärkt werden kann.

Standespolitik

Ein verlorenes Jahr

In Bezug auf die klassischen standespolitischen Anliegen, nämlich die Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, können die Personalverbände im Berichtsjahr keine Erfolge ausweisen. Im Gegenteil: Das Jahr 2002 muss personalpolitisch als verlorenes Jahr bezeichnet werden.

Wenn eine Teuerung von 0,9 Prozent nur knapp zur Hälfte (0,5 Prozent) ausgeglichen wird und für individuelle Lohnerhöhungen ebenfalls nur 0,5 Prozent zur Verfügung stehen, muss von einem Rückschritt gesprochen werden.

Unglückliche Regierungsvorgabe

Unglücklicherweise hatte der Regierungsrat bereits im Januar 2002 ein Lohnsummenwachstum von 1,0 Prozent als technische Vorgabe für die Budgetierung festgelegt.

Dieser Vorgabe stand die berechnete und moderate Lohnforderung des BSPV und der andern Verbände gegenüber, welche den vollen Teuerungsausgleich und das gemäss BE-REBE vorgesehene Lohnsummenwachstum von 1,5 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen verlangten.

Doch nicht nur die Personalverbände, sondern breite Kreise des Kaders der Kantonsverwaltung versuchten in der Folge, den Regierungsmitgliedern klar zu machen, dass der Kanton mit einer solchen Lohnpolitik weiter an Attraktivität verlieren würde.

Personalfeindlicher Grosser Rat

Als sich die Regierung im November endlich erweichen liess und das Lohnsummenwachstum wenigstens auf 1,5 Prozent erhöhen wollte, war es bereits zu spät.

Fortsetzung Seite 7 unten

Personalgesetz

PELAG: Ein Scherbenhaufen!

Mit einem veritablen Eklat endete im Januar 2002 die Behandlung der als «Personal- und Lehrernstellungsgesetz PELAG» bezeichneten Gesetzgebung, weil die Mehrheit des Grossen Rates das Geschäft an den Regierungsrat zurückgewiesen hat.

In unzähligen Arbeitsstunden der Verwaltung, mehr als zwanzig Sitzungen der Expertenkommission (Steuerungsausschuss), einem umfangreichen Vernehmlassungsverfahren bei Parteien und Verbänden und schliesslich fünf ganztägigen Sitzungen der grossrätlichen Kommission wurde die wichtige Gesetzgebung vorberaten und vorbereitet.

Kommissions-Kompromisse

Der BSPV hatte die Totalrevision des «jungen» Personalgesetzes stets als unnötig bezeichnet und den regierungsrätlichen Entwurf strikte abgelehnt.

Im Interesse des Arbeitsfriedens suchten jedoch die Kommissionsmitglieder nach brauchbaren Kompromissen und fanden diese in allen umstrittenen Punkten, so dass schliesslich auch der BSPV bereit gewesen wäre, die Vorlage zähneknirschend zu akzeptieren.

Personalfeindliche Stimmung

Regierung und Kommission hatten offensichtlich die personalpolitischen «Hardline-

rinnen und Hardliner» und die seit geraumer Zeit generell personalfeindliche Stimmung im Grossen Rat unterschätzt.

Mit einem im letzten Moment als Überraschungscoup präsentierten Rückweisantrag gelang es den Grossräten Christoph Erb, Zimmerwald (FDP), und Urs A. Müller, Zäziwl (SVP), die fragilen Kompromisse wieder umzustossen.

Scherbenhaufen

Äusserst knapp, nämlich mit 91 gegen 87 Stimmen, wurde der Antrag Erb/Müller von einer Mehrheit des Grossen Rates unterstützt. Damit wurde nicht nur die vorberatende Kommission, sondern auch die Regierung desavouiert.

Die Rückweisung kam praktisch einer Gesprächsverweigerung gleich und hinterliess einen regelrechten Scherbenhaufen.

Schleudersitz für Chefbeamte?

Vorerst blieb es um die Revision des Personalgesetzes verdächtig still. Eher zufällig vernahm die BSPV-Geschäftsleitung, dass der Regierungsrat im August 2002 einen neuen Anlauf unternommen hatte und voraussichtlich Anfang 2003 zu einem überarbeiteten Entwurf eine Vernehmlassung durchführen will.

Anscheinend will die Regierung – oder zumindest die federführende Finanzdirektion – der Kritik der Grossratsmehrheit Rechnung tragen und das Gesetz aus personalpolitischer Sicht wieder verschlechtern.

Zündstoff enthält unter anderem die Idee, für Chefbeamte einen neuen Kündigungsgrund einzuführen. Danach wären die Dienstverhältnisse nach jedem Wechsel auf dem Regierungsrat ohne weitere Begründung kündbar.



Schluss von Seite 6

Im Strudel der unseligen SAR-Debatte zeigte die Mehrheit des Grossen Rates ihre personalfeindliche Seite und zwang den Regierungsrat zurück auf die mickrigen 1,0 Prozent.

Vorläufig keine Arbeitszeitverkürzung

Im Jahre 2001 machte die Regierung dem Staatspersonal Hoffnung auf einen baldigen

Durchbruch bei der überfälligen Arbeitszeitreduktion. «Nicht sofort, aber später – vielleicht» lautete die Antwort auf die Motion von Verbandssekretär Roland Seiler betreffend Einführung der 40-Stunden-Woche.

Nach dem rigorosen Sparauftrag des Grossen Rates (FIKO-Motion) ist die Regierung jedoch zurückgekrempt und erklärte nach den Sommerferien, eine Arbeitszeitverkürzung sei aus finanziellen Gründen vorläufig nicht möglich. Nicht einmal Verhandlungen über eine allfällige Kompensation mit einem

Teil des Teuerungsausgleichs mochte die Regierungsdelegation mit den Personalverbänden aufnehmen.

Sparpolitik blockiert alles

Auch alle anderen Forderungen nach dringend nötigen Verbesserungen wurden konsequent abgelehnt, wie beispielsweise die Ausdehnung der im Gesundheitsbereich geltenden Zeitgutschriftregelung auf alle Staatsangestellten und eine Teuerungsanpassung der Zulage für Nacht- und Wochenendarbeit.



Personalumfrage

Ergebnisse kaum mehr aktuell

Überdurchschnittlich hoch seien die Arbeitszufriedenheit und das Zugehörigkeitsgefühl zum Arbeitgeber beim Staatspersonal, eröffnete der Finanzdirektor im Februar 2002 der Öffentlichkeit mit einigem Stolz. Die VETO-Kundgebung hat jedoch deutlich gezeigt, dass die Stimmung heute kaum mehr derart positiv ist.

Erstmals hatte der Kanton Bern im Sommer 2001 bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine in grösseren Betrieben heute übliche Personalumfrage durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten eine hohe Arbeitszufriedenheit und ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zum Arbeitgeber. Kritisch bewertet wurden Arbeitsbelastung, Entlohnung, Konsequenzen der Neuen Verwaltungsführung (NEF) und die Attraktivität der Kantonsverwaltung als Arbeitgeberin.

Belastung und Lohn wurden kritisiert

Die Mitarbeitenden beanstandeten, dass zur

Bewältigung der anstehenden Arbeiten zu wenig Personen zur Verfügung stehen. Im Bereich Entlohnung bemängeln die Befragten drei Aspekte: Sie sind der Meinung, dass ihr Gehalt nicht den Anforderungen entspricht, welche die Arbeit an sie stellt und dass sie für eine vergleichbare Tätigkeit ausserhalb der Kantonsverwaltung mehr Lohn erhalten würden. Weniger als die Hälfte der Befragten glaubte an eine Verbesserung ihrer individuellen Arbeitssituation durch NEF.

SAR drückt auf die Stimmung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche gehofft hatten, der Kanton Bern würde als Arbeitgeber die Kritik seines Personals ernst nehmen und versuchen, die Mängel zu korrigieren, wurden bereits im September 2002 bei der Präsentation des SAR-Berichtes herb enttäuscht.

Der Abbau von gegen 600 Stellen wird vielerorts die Arbeitsbelastung nochmals erhö-

hen, und punkto Lohn ist im Tunnel der Sparhysterie nicht der geringste Lichtschimmer zu erkennen.

Gespannt auf die nächste Umfrage

Eigentlich sind Personalumfragen nur dann sinnvoll, wenn sie regelmässig, beispielsweise all zwei Jahre, wiederholt werden.

Die hohe Beteiligung des Staatspersonals an der VETO-Kundgebung lässt ahnen, dass eine Umfrage heute wohl ein anderes Bild ergeben würde.

Allerdings ist es fraglich, ob sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nochmals die Mühe geben würden, einen umfangreichen Fragebogen auszufüllen. Vereinzelt wurde jedenfalls erklärt, man habe den Glauben daran verloren, mit gut gemeinter Kritik etwas bewirken zu können.

Grosser Rat

Der BSPV betreibt Lobbying

Der BSPV ist zwar parteipolitisch unabhängig, ist jedoch daran interessiert, dass die Interessen des Staatspersonals auch im kantonalen Parlament vertreten werden. Aus diesem Grunde leistet er auf verschiedenen Kanälen Lobby-Arbeit.

Gemäss Verbandsstatuten ist der BSPV parteipolitisch unabhängig. Er sucht deshalb mit allen Parteien eine konstruktive Zusammenarbeit, um bei den Politikerinnen und Politikern das Verständnis für die Anliegen des Staatspersonals zu fördern.

Seit einiger Zeit erhalten zudem sämtliche Mitglieder des Grossen Rates regelmässig die Verbandszeitschrift «diagonal» zugestellt. Auf diese Weise können die Grossrätinnen und Grossräte auf direktem Weg über die Forderungen und Stellungnahmen der Verbandsorgane informiert werden.

Wahl-Empfehlungen der VBA

Am 14. April 2002 fanden bekanntlich die Gesamterneuerungswahlen für Regierung und Grossen Rat statt. Wie üblich stellte die Dachorganisation VBA (Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände) wiederum eine Liste jener Kandidatinnen und Kandidaten zusammen, welche von den einzelnen Mitgliederverbänden zur Wahl empfohlen wurden.

Die BSPV-Mitglieder erhielten den Prospekt mit den überparteilichen Wahlempfehlungen per Post zugestellt.

Die VBA-Gruppe des Grossen Rates

Nach den Neuwahlen umfasst die VBA-Gruppe im Grossen Rat noch folgende neun Mitglieder:

- Heinz Dätwyler, Lotzwil (EVP)
- Jürg Gerber-Boillat, Bienne (PSR)
- Irene Hänsenberger-Zweifel, Burgdorf (SP)
- Annemarie Kempf Schluchter, Reichenbach (SP)
- Verena Landolt, Gelterfingen (SVP)
- Markus Meyer, Roggwil (SP)
- Andreas Rickenbacher, Bühl (SP)
- Christine Schnyder Zysset, Bern (SP)
- Fabio Tanner, Bern (SP)

BSPV-Sekretär Roland Seiler konnte wegen einer parteiinternen Amtszeitbeschränkung nach 16 Grossratsjahren nicht mehr kandidieren, nimmt aber weiterhin als VBA-Präsident an den Sitzungen zur Vorbesprechung der Grossrats-Sessionen teil.

Bernische Pensionskasse BPK

Ein unbefriedigendes Jahr

«415 Millionen Verlust!», «Notwendiges Deckungskapital nicht mehr vorhanden!» und «Kein Teuerungsausgleich für die Rentner!» so lautet schlagzeilenartig die Bilanz «unserer» Pensionskasse. Trotzdem besteht kein Grund zu Panik.

Solche Negativ-Meldungen beunruhigen nicht nur die Rentnerinnen und Rentner. Auch die noch aktiven Versicherten fragen sich, ob sie noch damit rechnen können, dereinst die ihnen versprochene Rente zu erhalten oder ob diese gefährdet sei.

Massive Vermögensverluste

Erneut erlitten im Berichtsjahr die Aktienmärkte erhebliche Wertverluste. Die schweizerischen Aktien, in denen die BPK zirka einen Sechstel ihres Vermögens, das heisst mehr als eine Milliarde Schweizer Franken investiert hat, verloren rund 28 Prozent ihres Wertes.

Bei den ausländischen Aktien, wo die BPK rund drei Viertel Milliarden Franken des Vermögens angelegt hat, bewegten sich die Verluste ebenfalls in diesem Rahmen.

Der Verlust auf dem Gesamtvermögen der BPK belief sich schliesslich auf 5,9 Prozent oder, in Franken ausgedrückt, auf rund 400 Millionen Franken.

Kein Grund zu Panik

Die massiven Vermögensverluste hatten zur Folge, dass Ende Jahr das für die Finanzierung der (versprochenen) Leistungen notwendige (Deckungs-)Kapital nicht mehr zu 100 Prozent, sondern nur noch zu 95,5 Prozent vorhanden war. Diese Situation ist zwar unbefriedigend und sollte nicht zum Dauerzustand werden. Auch die Tatsache, dass nach den zwei schlechten Börsen-Jahren zahlreiche Pensionskassen mehr oder weniger erhebliche Deckungslücken aufweisen, ist nur ein kleiner Trost.

Trotzdem besteht kein Grund zur Panik und kein Anlass für überstürzte Sanierungsmassnahmen in Form von Beitragserhöhungen und/oder Leistungskürzungen.

Teuerungsentscheid verunsichert Rentner

Die Anlagestrategie der BPK hat sich in der Vergangenheit eindeutig bewährt, betrug

doch der durchschnittliche Vermögensertrag in den letzten zehn Jahren fast sechs Prozent.

In den guten Jahren konnte die Verwaltungskommission zur Finanzierung künftiger Anpassungen der Renten an die Teuerung sogar erhebliche Rückstellungen (rund 300 Millionen Franken) machen.

Unter dem Eindruck des schlechten Jahresergebnisses verweigerte die Mehrheit der Verwaltungskommission jedoch die zweckbestimmte Verwendung dieser Rückstellungen und lehnte es ab, die Renten analog der Löhne im Sinne eines teilweisen Teuerungsausgleichs um 0,5 Prozent anzuheben.

Zusätzlich verunsicherte die Verwaltungskommission die Rentnerinnen und Rentner mit dem umstrittenen Beschluss, die seinerzeit zweckgebundene Rückstellung vollständig aufzulösen, um einen Teil des Loches zu stopfen, welches die Börsen-Baisse in das BPK-Vermögen gerissen hat.





Dienstleistungen

Ein vielfältiges Angebot

Rechtsberatung und Rechtsschutz sind die wichtigsten Dienstleistungen des BSPV. Ausserdem besteht ein vielfältiges Angebot, von dem die Verbandsmitglieder profitieren können.

Die wichtigste Dienstleistung des BSPV ist nach wie vor der Verbandsrechtsschutz. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz leistet dabei der Verband in der Regel Kostengutsprache für die Anwalts- und Verfahrenskosten.

Neun neue Rechtsschutzgesuche

Im Berichtsjahr sind neun neue Rechtsschutzgesuche eingereicht worden, welche die Geschäftsleitung alle bewilligt hat. Ebenfalls neun, teilweise seit mehreren Jahren hängige Rechtsschutzfälle konnten abgeschlossen werden, so dass Ende 2002 noch 16 Verfahren hängig waren.

Eine starke Zunahme musste bei den Beratungsfällen registriert werden. Dies ist natürlich eine Folge der SAR-Massnahmen, welche den Abbau von Stellen vorsehen, was in den betroffenen Betrieben zu einer grossen Verunsicherung geführt hat.

Rechtsschutz für den privaten Bereich

Der Verbandsrechtsschutz deckt ausschliesslich Streitigkeiten ab, die mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen.

Für die übrigen Bereiche (beispielsweise Verkehr oder Streitigkeiten aus Versicherungs-, Kauf-, Service-, Reise-, Leasing-, Mietverträgen usw.) ist der Abschluss einer speziellen Rechtsschutz-Versicherung empfehlenswert.

Bei COOP Rechtsschutz erhalten BSPV-Mitglieder dank einer Vereinbarung einen Spezialrabatt in der Höhe von 10 Prozent. Die zwei Varianten (Variante A: Verkehrs-Rechtsschutz; Variante B: Privat-Rechtsschutz) werden dabei einzeln und kombiniert angeboten.

KPT ist Spitze

Aufgrund des Kollektiv-Vertrages mit der Krankenkasse KPT geniessen die Verbandsmitglieder beachtliche Vergünstigungen auf den nichtobligatorischen Versicherungen.

Bei der Spitalkostenversicherung beträgt der Rabatt 15 Prozent, in den Bereichen «Krankenpflege-Plus» (für gewisse Leistungen, welche mit der Grundversicherung nicht abgedeckt sind) und «Natura» (für nicht mit der Grundversicherung abgedeckte Leistungen der Komplementärmedizin) immerhin noch 10 Prozent.

Leider wurden auch die KPT-Mitglieder nicht von Prämien-Erhöhungen verschont. Verschiedene Untersuchungen haben jedoch bestätigt, dass die KPT sowohl bezüglich Kosten als auch punkto Leistung im Spitzenfeld liegt.

Mit Coop Tele Geld sparen

Ebenfalls 10 Prozent Spezialrabatt gewährt die Coop Tele Versicherung den BSPV-Mitgliedern auf den sonst schon ausserordentlich günstigen Prämien.

Die Coop Tele Versicherung bietet viele weitere Vorteile wie:

- Individuelle, günstige Prämien,
- Maximalbonus bis zu 60 Prozent bei Kasko und Haftpflicht, mit Übernahme der schadenfreien Jahre des Vorversicherers,
- Flexible 1-Jahres-Verträge,
- Baukasten-System, bei welchem die Versicherung flexibel zusammengestellt werden kann,
- Vorbereitung der Kündigung der bisherigen Versicherung.

Ferienverein Post/Swisscom ist günstig

Der «Ferienverein Post/Swisscom» ist dank seinem vielfältigen Angebot an günstigen Ferien im In- und Ausland ausserordentlich beliebt. Sowohl die Angebote in den eigenen Betrieben in Spanien (Costa Brava), Mallorca, Sardinien, Arosa, Sils-Maria und Mon-

tana-Grans sowie Wengen, als auch Car-Rouge-Reisen und die Ferienangebote auf eigenen Booten erfreuen sich einer grossen Nachfrage.

Die Verbandsmitglieder erhielten im August wie jedes Jahr die Winterprospekte als Beilage zum «diagonal» und im Dezember die umfangreichen Prospektunterlagen mit separatem Couvert zugestellt. Mitglieder, welche diese Ferienprospekte nicht mehr bekommen möchten, können dies dem BSPV-Sekretariat jederzeit mitteilen.

BSPV-Mitglieder geniessen Sonderrabatte

Rund 50 Geschäfte gewähren den BSPV-Mitgliedern gegen Vorweisung des Mitgliedschaftsausweises teilweise äusserst interessante Spezialrabatte.

Die BSPV-Rabattliste kann selbstverständlich auch von der Homepage www.bspv.ch heruntergeladen werden.

Im Herbst fand für BSPV-Mitglieder wiederum die bereits zur Tradition gewordene 20-Prozent-Rabatt-Woche bei Universal-Sport statt.

BSPV-Mitglieder sind informiert

Die seit 1913 bestehende Verbandszeitung, welche seit 1994 unter dem Titel «diagonal» erscheint, ermöglicht der Verbandsleitung eine direkte Information der Verbandsmitglieder. Im Berichtsjahr erschienen wie üblich neun Ausgaben, welche einen Gesamtumfang von 116 Seiten aufwiesen.

Leider wurde auch der BSPV vom allgemeinen Inseraten-Rückgang nicht verschont, was nach mehreren Jahren mit Überschüssen in der Rechnung 2002 zu einem Defizit führte.

Neben der Verbandszeitung finden die BSPV-Mitglieder die wichtigsten Informationen stets aktuell auf der BSPV-Homepage www.bspv.ch, welche auch Möglichkeiten zur direkten Kommunikation mit dem BSPV-Sekretariat bietet.

Verbandsgeschehen

Ein intensives Jahr

Die Auseinandersetzungen zum SAR-Bericht und die VETO-Kundgebung haben die Verbandsorgane im Berichtsjahr enorm gefordert. Der BSPV hat diese Bewährungsprobe bestanden und die vorhandenen Strukturen haben sich bewährt.

Gegen aussen bietet der BSPV ein Bild der Geschlossenheit. Das bedeutet jedoch nicht, dass innerhalb der Organe keine Meinungsunterschiede über die erfolgsversprechende Strategie und zweckmässige Taktik bestehen würden. In intensiven Aussprachen werden jeweils die einzuschlagenden Wege nach demokratischen Spielregeln bestimmt. Neben den inhaltlichen Debatten führen naturgemäss ab und zu auch Stilfragen zu internen Diskussionen.

Gasche übt den Spagat vor der Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung (AV) fand am 21. Juni im üblichen Rahmen im Grossratssaal des Berner Rathauses statt.

Neben den statutarischen Geschäften stand ein Referat von Finanzdirektor Urs Gasche zum Thema «Finanzdirektor als Personalchef – ein Spagat» im Zentrum dieses Anlasses.

Während der Referent die Finanzlage des Kantons detailliert darlegte und sich bemühte, die BSPV-Abgeordneten von der Notwendigkeit weiterer Sparmassnahmen zu überzeugen, vermied er, konkrete Hinweise über den Inhalt des SAR-Berichtes zu machen.

Kämpferischer Zentralvorstand

Auch die Agenda der Mitglieder des Zentralvorstandes (ZV) stand unter dem Einfluss von SAR und VETO.

Bereits auf den 30. Januar hatte die Geschäftsleitung den Zentralvorstand zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen. Unter dem Eindruck der Schuldenabbau-Motion wurde beschlossen, zusammen mit den andern Verbänden eine Widerstandsbewegung gegen die Demontage des Service pu-

blic aufzubauen. Einstimmig wurden die nötigen Aufträge erteilt und Kredite bewilligt.

Der Zentralvorstand (ZV) führte seine ordentlichen Sitzungen am 2. Mai in Bern und am 18. Oktober im Psychiatriezentrum Bellegel durch.

An der Frühjahrs-Sitzung wurden die BSPV-Forderungen 2003 beraten und bereinigt. Neben dem vollen Teuerungsausgleich und 1,5 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen enthielt das Forderungspaket die Reduktion der Arbeitszeit, die Verbesserung der Nacht- und Sonntagsentschädigungen sowie die Ausdehnung der Zeitgutschrift auf alle Nachtdienstleistenden.

An der auswärtigen Herbst-Sitzung wurden die ZV-Mitglieder über den Inhalt des SAR-Berichtes und über die Vorbereitungsarbeiten für die VETO-Kundgebung orientiert. Im Hinblick auf den geplanten Stellenabbau wurden zudem konkrete Forderungen für einen SAR-Sozialplan verabschiedet.

Führungsstarke Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung (GL) setzt sich unverändert wie folgt zusammen:

Präsident: Peter Kunz
 Vizepräsidentin: Gisela de Thomas-Basler
 Verbandssekretär: Roland Seiler
 Verbandskassier: Erwin Balsiger
 Beisitzer: Otto Aeby
 Erich Frauenfelder
 Pierre-André Musy

Gerade in unruhigen Zeiten ist ein heterogen zusammengesetzter Personalverband wie der BSPV auf ein besonnenes, aber entschlossenes Führungsorgan angewiesen. Die Geschäftsleitung (GL) war deshalb im Berichtsjahr besonders gefordert.

An 17 Sitzungen, in der Regel über die Mittagszeit im Sitzungszimmer des Verbandssekretariates an der Postgasse 60 in Bern, wurden die anfallenden Geschäfte beraten.

Im September verbrachten die GL-Mitglieder und das Sekretariatspersonal gemeinsam

mit ihren Partnerinnen und Partnern auf eigene Kosten traditionsgemäss ein gemütliches Wochenende. Unter der kundigen Leitung von Erich Frauenfelder führte die Reise nach Hergiswil und auf den Bürgenstock.

Professionelles Sekretariat

Auch das Sekretariat arbeitete im Berichtsjahr im unveränderten Team:

- Roland Seiler, Verbandssekretär
- Jean-Pierre Juillard, Sachbearbeiter
- Esther Ritter, Sekretärin
- Anne-Marie De Toffol, Verwaltungsangestellte

Sowohl die alljährlich anfallenden Routineaufgaben als auch die ausserordentlichen Arbeiten bei der Organisation der VETO-Kundgebung wurden professionell und zur allgemeinen Zufriedenheit von Geschäftsleitung und Mitgliedschaft erledigt.

Stark im Dachverband

Die sozialpolitischen Auseinandersetzungen im Berichtsjahr haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit der Personal- und Berufsverbände in einem starken Dachverband ist.

Im Widerstand gegen die Sparwut hat die Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände VBA – wie schon 1999 bei der HALT-Aktion – eine führende Rolle übernommen. In Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern GKB hat die VBA die VETO-Bewegung getragen und auch finanziell namhaft unterstützt.

Der VBA gehören folgende acht Verbände mit insgesamt über 35 000 Mitgliedern an:

- Bernischer Staatspersonalverband BSPV
- Hotel + Gastro Union, Kantonalverband Bern
- Kantonalbernischer Kaufmännischer Verband KV
- Laborpersonalverband Bern LVB
- Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE
- Schweizer Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege SBGRL, Sektion Bern
- Schweizerischer Berufsverband der Krankenschwestern und Krankenpfleger SBK, Sektion Bern
- Verband Schweizerischer Vermessungsfachleute VSVE, Sektion Bern



Mitgliederstatistik 2002

Stellenabbau und Todesfälle

Gr. Nr.	Untergruppe	Bestand am 1. 1. 2002	Bestand am 31. 12. 2002	Zunahme	Abnahme
6	Vereinigung Bernischer Ortsgruppen	953	943	-	10
7	Höhere Angestellte des Kantons Bern	129	118	-	11
8	Handw.-techn. Personal	160	158	-	2
9	Union du Personnel	35	31	-	4
11	Verein für Lehr-/Beratungskräfte vbl	85	92	7	-
15	Verein der Forstingenieure	32	31	-	1
16	Förster	73	74	1	-
17	Forstwarte	40	39	-	1
18	Wildhüter	29	28	-	1
19	Fischereiaufseher	12	10	-	2
20	Psychiatrische Kliniken	147	134	-	13
25	Inselspital	103	95	-	8
31	RegierungsstatthalterInnen	22	22	-	-
32	Verband Bernischer Richter + Richterinnen	121	136	15	-
33	GerichtsschreiberInnen	27	30	3	-
34	GrundbuchverwalterInnen	31	33	2	-
35	Betreibungs- und Konkursbeamte	27	28	1	-
39	Pfarrverein	349	338	-	11
40	Anstalten	293	300	7	-
46	Polizeiverband Bern Kanton	960	983	23	-
48	Automobilexperten	47	46	-	1
49	Expertenverband Steuerverwaltung	94	92	-	2
54	SchulinspektorInnen	18	19	1	-
55	BerufsberaterInnen	36	39	3	-
57	Unidozentenverein	62	54	-	8
61	Dozierende Berner Fachhochschule	80	85	5	-
70	Strassenmeister	236	239	3	-
83	Unterhalt Autobahn	57	57	-	-
86	Strasseninspektoren	15	14	-	1
90	Einzelmitglieder	311	295	-	16
91	Personalverband Sozialversicherung	94	90	-	4
92	Gemeindepersonal Zollikofen	39	38	-	1
93	Gemeindepersonal Wohlen	47	41	-	6
	Aktive inkl. Doppelmitglieder	4764	4732		32
	davon Doppelmitglieder	15	14		1
	Aktive ohne Doppelmitglieder	4749	4718		31
98	Rentnervereinigung	1705	1663		42
	Total Mitglieder	6454	6381		73

Totentafel

2002 verstarben 83 Mitglieder

Aegerter Walter, Toffen	Henry André, Moutier	Niggli Ernst, Liebefeld	Stettler Roland, Bern
Aeschbacher Gerhard, Zollikofen	Herzog Alois, Gunten	Nydegger Willy, Thun	Stettler Walter, Hasle-Rüegsau
Baour Charles, Biel	Hügli Alfred, Bühl-Hermrigen	Petignant Arthur, Courgenay	Straubhaar Walter, Thun
Beck Karl, Schwarzenburg	Iseli Kurt, Biel	Pfenninger Rudolf, Langenthal	Strodl Felix, Zollikofen
Beetschen Fritz, Frutigen	Joss Hans, Worb	Pfister Alois, Münsingen	Stucki Fritz, Liebefeld
Bischoff Peter, Bremgarten	Jost Werner, Lützelflüh	Pochon Antoinette, Muri	Trachsel Werner, Thun
Born Fredy, Schliern	Jufer Paul, Wangen a. A.	Rieder Alfred, Thun	Tschanz Robert, Büren a. A.
Bütikofer Frieda, Moosseedorf	Käser Peter, Bern	Riesen Josua, Boll	Tüscher Theres, Zollikofen
Burri Rudolf, Erlach	Kienholz Heinz, Unterseen	Rothacher Hans-Peter, Seftigen	Ueltschi Rosa, Zweisimmen
Cottier Paul, Matten	Klopfenstein Willy, Brienz	Rüfenacht Peter, Bern	Ulrich Werner, Tschugg
Flückiger Roger, Bern	Körner Martin, Stettlen	Rufer Erwin, Ittigen	Vuilleumier, René, Bern
Fritz Urs, Thun	Kohl Karl-Heinz, Münsingen	Rutz Bruno, Dampfreux	Walther Hans, Oberhofen
Gerber Werner, Signau	Künzi Walter, Gampelen	Scheiben Werner, Uttigen	Weber-Mühlberg, St. Gallen
Glaus Hans, Hünibach	Kuster Ernst, Zollikofen	Schläpfer Tobias, Burgdorf	Wenger Charles, Spiez
Grosjean Georges, Kirchlindach	Lauterburg Gerhard, Bern	Schmied Robert, Gümligen	Weyermann Beat, Steffisburg
Grossenbacher Fritz, Lüscherz	Liechti Walter, Ins	Schneider Felix, Bern	Wittwer Peter, Trubschachen
Güder Jean, Gerolfingen	Merki Rudolf, Bolligen	Schwendemann Hedi, Steffisburg	Wyss Peter, Isenfluh
Hänni Heinz, Zollikofen	Michel Erika, Bern	Seelhofer Franz, Grosshöchstetten	Zbinden Werner, Bern
Häusler Fritz, Langnau	Minder Gottfried, Oberburg	Seewer Hanspeter, Lengnau	Zindel Bernhard, Zuchwil
Häusler Hermann, Schliern	Molinari Jean-Michel, Evilard	Sommer Christian, Gampelen	Zürcher Karl, Worblaufen
Heiniger Peter, Biel	Mütschard Walter, Ittigen	Spring Dori, Wimmis	

Jahresrechnung 2002

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Mitgliederbeiträge	695 000.00	684 803.00
Kapitalzinserträge	5 000.00	4 895.89
Diverse Einnahmen	0.00	287.85
Rückerstattung KPT	0.00	7 509.70
Spenden Aktionen	0.00	1 900.00
Total Ertrag	700 000.00	699 396.44

	Aufwand	
Abgeordnetenversammlung	8 000.00	7 664.10
Zentralvorstand	6 000.00	5 837.10
GL, Delegationen	22 000.00	22 572.70
Personalaufwand	372 000.00	372 042.85
Sozialleistungen Arbeitgeber	64 000.00	65 147.80
Aus- und Weiterbildung Personal	3 000.00	410.40
Personalwerbung	5 000.00	0.00
Büromiete und Nebenkosten	52 000.00	51 941.40
Kapitalzinsen	500.00	102.10
Büro- und Verwaltungsaufwand	32 000.00	26 918.85
Anschaffung/Unterhalt Mobiliar	2 000.00	2 913.35
Informatikaufwand	13 000.00	13 517.29
Telefon-/Elektroinstallationen	1 000.00	0.00
Beiträge an Berufsverbände	7 500.00	6 880.40
Beitrag an REKA	1 500.00	760.00
Gemeinnützige Beiträge	500.00	290.00
Rechtsschutzkosten (Anteil 2002)	40 000.00	40 000.00
Weiterbildungsbeiträge Mitglieder	1 000.00	1 000.00
Werbung	40 000.00	29 338.35
Speisung Spez.finanz. Aktionen	30 000.00	30 000.00
Steuern	3 000.00	18 865.45
Ehrungen und Diverses	1 000.00	1 098.20
Beitrag an «diagonal»	0.00	4 348.25
Total Aufwand	705 000.00	701 648.59
Total Ertrag	700 000.00	699 396.44
Aufwandüberschuss 2002	-5 000.00	-2 252.15

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag	
Inserate, Zeitungsabonnemente	49 000.00	44 768.90

	Aufwand	
Druckkosten	35 000.00	33 715.70
Versand	12 000.00	12 391.45
Honorare	2 000.00	3 010.00
Total Aufwand	49 000.00	49 117.15
Total Ertrag	49 000.00	44 768.90
Übertrag in Erfolgsrechnung	0.00	4 348.25

1.3 Bilanz per 31.12.2002

	Aktiven	Passiven
Kassen	2 054.75	
Reisecheckkasse	3 144.25	
PC-Konto 30-1286-0	42 553.23	
BEKB (Kto.korr.167.801.093)	799.30	
BEKB (Sparkto. 3.488.505.64)	152 845.30	
Wertschriften	500.00	
Diverse Debitoren	15 985.90	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 713.60	
Transitorische Aktiven	6 456.40	
Mobilien/Einrichtungen/EDV	1.00	
Diverse Kreditoren		43 735.30
Eigenkapital:		
Stand am 1. 1. 2002	184 570.58	
Aufwandüberschuss 2002	-2 252.15	
	226 053.73	226 053.73

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Bankspesen	9.40	
Beratung Lohngleichheit	3 766.00	
Aufwand VETO	119 031.85	
Spenden VETO		25 913.40
Kapitalzinserträge		4 981.91
Einlage aus allg.Verb.rechnung		30 000.00
Aufwandüberschuss 2002	122 807.25	122 807.25

2.2 Bilanz per 31.12.2002

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.488.508.37)	75 115.10	
BEKB (Anlsp.kto. 8.018.909.62)	239 492.09	
Diverse Debitoren	20 398.20	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 743.70	
Diverse Kreditoren		1 492.50
Eigenkapital:		
Stand am 01.01.2002	397 168.53	
Aufwandüberschuss 2002	-61 911.94	335 256.59
	336 749.09	336 749.09

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV pro 2002

Allg. Verbandsrechnung (Aufwandüberschuss)	2 252.15
Spezialfinanzierung Aktionen (Aufwandüberschuss)	61 911.94
	64 164.09

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Bankspesen	26.50	
Büro- und Verwaltungsaufwand	1 800.00	
Steuern	5 573.00	
Rechtsschutzkosten	40 000.00	
R'schutzkosten/Ant.Verb.allg. (Anteil 2002)		40 000.00
Kapitalzinserträge		4 873.87
Ertragsüberschuss Liegenschaft		33 499.85
Ertragsüberschuss 2002	30 974.22	33 499.85
	78 373.72	78 373.72

4.2 Bilanz per 31.12.2002

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.454.009.82)	467 789.77	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 705.85	
Konto-Korrent «Rechtsschutz»	9 671.05	
Darlehen	500.00	
Liegenschaft:	1 674 181.80	
Abschreibungen früher	-630 260.80	
Abschreibung 2002	-41 757.00	1 002 164.00
Fest-Hypotheken		700 000.00
Diverse Kreditoren		3 912.75
Eigenkapital:		
Stand am 1. 1. 2002	746 943.70	
Ertragsüberschuss 2002	30 974.22	777 917.92
	1 481 830.67	1 481 830.67

4.3 Liegenschaftsrechnung 2002

	Aufwand	Ertrag
Hypothekarzinsen	28 200.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	6 683.65	
Abschreibung 2002	41 757.00	
Liegenschaftssteuern	2 084.25	
Ertragsüberschuss 2002	33 499.85	
Mietzinseinnahmen		112 224.75
	112 224.75	112 224.75